



N i e d e r s c h r i f t

**der nicht öffentlichen Sitzung/öffentlichen des
Jugendhilfeausschusses am 01.11.2018**

öffentlich

Ort: im Stadthaus
Festsaal
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:15 Uhr bis 18:54 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Dr. med. Detlef Wend	Ausschussvorsitzender SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Sina Hermann	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Hendrik Kluge	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Mirko Petrick	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tatjana Privorotskaja	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss <i>Teilnahme an 16:45 Uhr</i>
Sascha Richter	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tobias Steinicke	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Daniel Mahler	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Susanne Willers	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beate Gellert	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Gaby Hayne	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tobias Heinicke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Kerstin Köferstein	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Uwe Kramer	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Jörg Rommelfanger	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Steffen Kohlert	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Heike Wießner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

Verwaltung

Jörg Baus	amt. Fachbereichsleiter Bildung
Dr. Heike Schaarschmidt	Referentin Bildung und Soziales
René Lukas	stellv. Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Dr. Toralf Fischer
Richter Bruno Glomski
Christina Greiner
Thomas Hesse

Annika Möbius
Petra Schneutzer
Nico Teschner
Susanne Wildner
Helga Schubert

beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Vertretung durch Herrn Daniel Mahler
beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Vertretung durch Herrn Tobias Heinicke

zu **Einwohnerfragestunde**

Es gab keine Fragen von Einwohnern.

zu **Kinder- und Jugendsprechstunde**

Es gab keine Fragen zur Kinder und Jugendsprechstunde.

zu 1 **Feststellung der Tagesordnung**

Frau Brederlow informierte darüber, dass Dringlichkeitsvorlagen zur Abstimmung vorliegen.

Sie gab die Gründe folgender Dringlichkeitsvorlagen Dringlichkeitsvorlage **Grundsatzbeschluss zur Einführung eines Jugendparlaments in Halle (Saale) Vorlage: VI/2018/04434** und **Umsetzung der Jugendarbeit in der Stadt Halle (Saale) in den Jahren 2018 und 2019 Vorlage: VI/2017/03420** bekannt und bat um Abstimmung zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

Herr Kramer bemerkte, dass der Unterausschuss Jugendhilfeplanung am 13.11.2018 die Beschlussvorlage **Umsetzung der Jugendarbeit in der Stadt Halle (Saale) in den Jahren 2018 und 2019 Vorlage: VI/2017/03420** ausführlicher diskutieren wird.

Herr Schachtschneider teilte mit, dass er keine Dringlichkeit beim **Grundsatzbeschluss zur Einführung eines Jugendparlaments in Halle (Saale) Vorlage: VI/2018/04434** sieht.

Herr Kramer plädierte für das Rederecht von **Jessica Strauß** vom Kinder- und Jugendrat und **Willi Preuk** vom Stadtschülerrat.

Er wäre somit für eine Aufnahme auf die Tagesordnung.

Herr Dr. Wend bat um Abstimmung zur Dringlichkeitsvorlage **Umsetzung der Jugendarbeit in der Stadt Halle (Saale) in den Jahren 2018 und 2019 Vorlage: VI/2017/03420**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Die Dringlichkeitsvorlage **Umsetzung der Jugendarbeit in der Stadt Halle (Saale) in den Jahren 2018 und 2019 Vorlage: VI/2017/03420** wird unter dem Tagesordnungspunkt 4.1 behandelt.

Herr Dr. Wend bat um Abstimmung zur Dringlichkeitsvorlage **Grundsatzbeschluss zur Einführung eines Jugendparlaments in Halle (Saale) Vorlage: VI/2018/04434**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Die Dringlichkeitsvorlage **Umsetzung der Jugendarbeit in der Stadt Halle (Saale) in den Jahren 2018 und 2019 Vorlage: VI/2017/03420** wird unter dem Tagesordnungspunkt 4.4 behandelt.

Herr Dr. Wend bat um Abstimmung des Rederechtes für **Frau Jessica Strauß und Herrn Willi Preuk.**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Da es keine weiteren Änderungen zur Tagesordnung gab, rief **Herr Dr. Wend** zur Abstimmung der geänderten Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Folgende geänderte Tagesordnung wurde festgestellt:

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Bestätigung der Niederschrift vom 04.10.2018
- 2.1. Dringlichkeiten
3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Grundsatzbeschluss zur Einführung eines Jugendparlaments in Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/04434
 - 4.2. Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017
Vorlage: VI/2018/04385
 - 4.3. Vierte Satzung zur Änderung der Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/04003
 - 4.4. Umsetzung der Jugendarbeit in der Stadt Halle (Saale) in den Jahren 2018 und 2019
Vorlage: VI/2017/03420
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten

- 5.1. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Aktualisierung der Prioritätenliste für die Sanierungen von Schulen, Kitas und Horten ab dem Jahr 2022
Vorlage: VI/2018/04374
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Aktueller Stand Entwicklung eines Präventionskonzeptes
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift vom 04.10.2018

Die Niederschrift vom 04.10.2018 wurde bestätigt.

zu 3 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es gab keine nicht öffentlichen Beschlüsse bekannt zu geben.

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Grundsatzbeschluss zur Einführung eines Jugendparlaments in Halle (Saale) Vorlage: VI/2018/04434

Herr Petrick führte in die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Frau Ranft bemerkte, dass das Konzept für Sie nicht akribisch ausgearbeitet ist. Sie kann momentan dieser Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Herr Schachtschneider äußerte folgende Einwände zur Beschlussvorlage. Er hinterfragte die Mitgliederzahl von 15 Jugendlichen, die aufgeführte Aufwandsentschädigung sowie das Vorhaben, dass zwei Mitarbeiter der Verwaltung unterstützend einwirken sollen. Des Weiteren bemerkte er die ablehnende Haltung des Stadtschülersprechers zur ersten Diskussion zum Thema im Bildungsausschuss.

Herr Schachtschneider kritisierte, den Arbeitsvorgang der Verwaltung zur Beschlusskontrolle.

Frau Haupt teilte mit, dass Sie uneingeschränkt für ein Jugendparlament plädiert. Es stellt sich hierbei die Frage, wie dieses Jugendparlament arbeiten soll. Sie regte an, die Sichtweise der Jugendlichen zum diesem Thema anzuhören.

Herr Petrick erläuterte, dass man sich bei der Zahl von 15 Jugendlichen beim Leipziger Jugendparlament orientierte. Es ist nach verschiedenen Diskussionen ein Vorschlag der Jugendlichen gewesen. Er betonte, dass verschiedene Jugendparlamente aus der gesamten Bundesrepublik betrachtet wurden. Die Auswertung hat ergeben, dass alle Parlamente an der aktuellen kommunalen Situation angepasst wurden sind. Des Weiteren bemerkte er, dass das erwähnte Wahlalter ein Vorschlag der Jugendlichen war. Die Aufwandsentschädigung sollte eine Orientierung sein, ob dieser Aspekt berücksichtigt werden möchte.

Herr Kramer empfahl die beiden Jugendlichen anzuhören.

Herr Dr. Wend wies darauf hin, dass die bisherige Diskussion keine Abneigung für ein geplantes Jugendparlament ausdrücken soll. Es stellt sich die Frage, ob es nicht genügt Möglichkeiten bzw. Gremien gibt, wo Interessen des Kinder- und Jugendrats und Stadtschülerrats vertreten werden könnten. Er bemängelte die fortlaufende **Interessenlosigkeit** des Tagesordnungspunktes Kinder- und Jugendsprechstunde.

Frau **Jessica Strauß** vom Kinder- und Jugendrat und **Willi Preuk** vom Stadtschülerrat bedankten sich für das heutige Rederecht im Jugendhilfeausschuss.

Frau **Jessica Strauß** teilte mit, dass in einem Workshop das Konzept erarbeitet wurde. Im diesem Konzept war noch der Passus des Rederechts und Antragsrechts des Jugendparlaments im Stadtrat verankert. Im aktuellen Konzept findet sich dieser Passus nicht mehr wieder. Das vorliegende Konzept wurde von Herrn Paulsen überarbeitet. Danach wurde festgestellt, dass man sich mit einigen Aspekten im Konzept nicht mehr identifizieren kann. Sie betonte, dass unter der Voraussetzung, ob ein Jugendparlament von den Jugendlichen in Halle (Saale) überhaupt gewollt wird, eine Durchführung der Wahl im Monat Mai 2019 zum Jugendparlament zu frühzeitig wäre. Das Konzept sollte sorgfältig in den Schulen vorgestellt werden, um viele Jugendliche zu erreichen.

Herr Willi Preuk erläuterte, dass dieses Konzept entwicklungsfähiger sein müsste. Er betonte, dass bei der Kommunalwahl im Mai 2019 die Jugendlichen am selben Sonntag der Europa- und Kommunalwahl wählen gehen sollen. Er hielt es für ungewiss, dass 12 oder 14 jährige Jugendliche mit ihren Eltern wählen gehen. Es besteht die Idee einer Onlinewahl, hierzu sagte Herr Paulsen, dass dies aus sicherheitsrelevanten Punkten nicht möglich wäre. **Herr Willi Preuk** äußerte, dass das derzeitige Konzept aus Sicht der mitwirkenden Jugendlichen keinen Mehrwert hat.

Frau Haupt beantragte, dass die heutige Diskussion zum Sachverhalt als 1. Lesung betrachtet und vertagt wird.

Herr Kramer betonte, dass Jugendliche dazu animiert werden sollten, sich bei diesem Konzept zu beteiligen. Dies ist nach seiner Sicht nicht umgesetzt worden. Die Beschlussvorlage ist abzulehnen, weil der angesprochene Mehrwert in seiner bestehenden Form nicht mehr im Konzept vorhanden ist.

Herr Dr. Wend fügte hinzu, dass es hierzu eine formale Lösung geben muss.

Frau Dr. Schöps verdeutlichte, dass Sie den Vorschlag der Vertagung unterstützt, weil die Beschlussvorlage insgesamt ein Grundsatzbeschluss ist. Bei einer Ablehnung würde der Jugendhilfeausschuss den Grundsatzbeschluss zur Einrichtung eines Jugendparlamentes verneinen.

Herr Schachtschneider sagte, dass eine Ablehnung sinnvoller wäre, da ein geänderter Antrag innerhalb dieser Halbjahresfrist immer noch möglich wäre. Ein übereilter Beschluss wäre unzweckmäßig.

Frau Gellert machte darauf aufmerksam, dass nicht genügend Jugendliche vorhanden sind. Es muss der Wille aktiv mitwirken zu wollen, bei den Jugendlichen vorhanden sein.

Herr Kramer plädierte nochmalig für die Ablehnung der Beschlussvorlage. Er betonte, dass hierbei wichtig ist, das Anliegen der Jugendlichen ernst zu nehmen.

Herr Dr. Wend betonte die Sinnhaftigkeit eines Jugendparlamentes. Aus diesem Grund bat er darum, diese Beschlussvorlage zu vertagen.

Herr Willi Preuk teilte mit, dass der Entstehungsprozess vom Leipziger Jugendparlament ca. 5 Jahre gedauert hat. Aus diesem Grund sollte man nichts überstürzen.

Frau Ranft plädierte ebenfalls für eine Ablehnung dieser Beschlussvorlage.

Frau Haupt stellte einen Geschäftsordnungsantrag für eine 5 minütige Unterbrechung der Ausschusssitzung.

Herr Dr. Wend bat um Abstimmung des vorliegenden Geschäftsordnungsantrages.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Frau Brederlow wies darauf hin, dass im Stadtrat beschlossen wurde, dass im diesem Jahr ein Konzept vorzulegen ist, um im nächsten Jahr ein Jugendparlament zu bilden.

Herr Dr. Wend bat um die 5 minütige Auszeit.

Herr Dr. Wend teilte mit, dass zum **Grundsatzbeschluss zur Einführung eines Jugendparlaments in Halle (Saale) Vorlage: VI/2018/04434** der Vorschlag zur Vertagung bis zur nächsten Jugendhilfeausschusssitzung besteht.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, so dass **Herr Dr. Wend** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat bestätigt das Konzept zur Einrichtung eines Jugendparlamentes, das gemeinsam mit dem Kinder- und Jugendrat und dem Stadtschülerrat erarbeitet wurde.
2. Die Stadtverwaltung erarbeitet bis zum 1. Quartal 2019 unter Einbindung des Kinder- und Jugendrates und des Stadtschülerrates eine Satzung und eine Wahlordnung für das Jugendparlament.
3. Das Jugendparlament soll im 3. Quartal 2019 in einer konstituierenden Sitzung die Arbeit aufnehmen.

**zu 4.2 Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den
Beteiligungsbericht 2017
Vorlage: VI/2018/04385**

Frau Brederlow führte in die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Frau Ranft teilte mit, dass ein Änderungsantrag ihrer Fraktion für jeweils eine Vollzeitstelle zur Schulsozialarbeit in der Grundschule und eine in der Gemeinschaftsschule in der Kastanienallee erstellt wird.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass im Haushalt keine Stellen beschlossen werden, sondern finanzielle Mittel.

Frau Gellert merkte an, dass ein Aufwuchs von Jugendlichen in der Stadt Halle (Saale) festzustellen ist. Dies sollte in der zukünftigen Haushaltsplanung beachten werden.

Frau Brederlow teilte mit, dass sich in den letzten 3 Jahren die Haushaltszahlen dahingehend verdoppelt haben.

Herr Kramer erwähnte die gute Vorbereitung und Durchführung dieser Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019.

Herr Schachtschneider bemerkte den Ansatz Hilfe zur Erziehung für das Jahr 2018 und 2019. Er teilte mit, dass hierbei ein Aufwuchs festzustellen ist. **Herr Schachtschneider** fragte, warum man im Jahr 2019 gegenüber dem Ergebnis vom Jahr 2017 weniger angesetzt hat.

Frau Brederlow verwies auf die Unterlagen des kommenden Finanzausschusses. Dort ist der überplanmäßige Antrag für dieses Jahr enthalten. Es handelt sich um eine Summe von 14 Millionen €.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, so dass **Herr Dr. Wend** um Abstimmung bat.

Dienstleistungszentrum Familie	<u>Abstimmungsergebnis:</u>	einstimmig zugestimmt
Teilplan Jugend	<u>Abstimmungsergebnis:</u>	einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2019 mit dem Haushaltsplan 2019.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2017 zu Kenntnis.

zu 4.3 Vierte Satzung zur Änderung der Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VI/2018/04003

Frau Brederlow führte in die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, so dass **Herr Dr. Wend** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die vierte Satzung zur Änderung der Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) - Vierte Änderungssatzung Schulbezirkssatzung.

**zu 4.4 Umsetzung der Jugendarbeit in der Stadt Halle (Saale) in den Jahren 2018 und 2019
Vorlage: VI/2017/03420**

Herr Weiske informierte anhand einer Präsentation über die Umsetzung der Jugendarbeit in der Stadt Halle (Saale) in den Jahren 2018 und 2019.

Frau Wiesner fragte, ob die Summe von 205.000 Euro für das Jahr 2018 mit Projekten unterlegt werden kann.

Herr Weiske teilte mit, dass im Jahr 2018 es nicht gelungen ist, die komplette Summe auszugeben.

Herr Kramer erwähnte die Wichtigkeit der Jugendberatung nach § 11 SGB VIII. Er machte darauf aufmerksam, dass sich der Unterausschuss Jugendhilfeplanung am 13.11.2018 damit beschäftigt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, so dass **Herr Dr. Wend** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: 1. Lesung beraten

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Aktueller Stand Entwicklung eines Präventionskonzeptes

Frau Dr. Schaarschmidt informierte anhand einer Präsentation über den aktuellen Stand Entwicklung eines Präventionskonzeptes. Die Präsentation ist im Session eingestellt.

Frau Gellert bemerkte, dass der Stadtjugendring nicht in der Präsentation erwähnt wurde. Er sollte ebenfalls zum gemeinsamen Gespräch eingeladen werden.

Frau Dr. Schaarschmidt sicherte zu, den Stadtjugendring in die Beteiligung aufzunehmen.

Frau Gellert fragte, bis wann das Konzept fertig ist und mit einem Stadtratsbeschluss gerechnet werden kann.

Frau Dr. Schaarschmidt gab zur Kenntnis, dass ein Entwurf erarbeitet wird. Er soll im ersten Quartal 2019 vorgestellt werden.

Frau Wießner fragte, ob das vorgestellte Konzept im Unterausschuss Jugendhilfeplanung für zusätzliche Erzieherin/Erzieher in Kindertagesstätten bereits Bestandteil des Präventionskonzeptes ist.

Frau Brederlow teilte mit, dass die Unterstützung der pädagogischen Mitarbeiter in den Kitas schon seit längerem diskutiert wird. Für das Konzept zusätzliche Erzieherin/Erzieher in Kindertagesstätten erfolgt eine separate Beschlussvorlage.

Herr Kramer bemerkte, dass die Themen Sozialraumgruppen und Satzungen mit in das Präventionskonzept gehören.

Frau Dr. Schaarschmidt sagte, dass aktuell die bereits durch die Verwaltung erarbeiteten Themen konkretisiert werden. Die Fortschreibung der Sozialraumorientierung muss gemeinsam im Ausschuss diskutiert werden.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Frau Gellert zur Sekundarschule am Fliederweg

Frau Gellert berichtete, dass es Probleme bezüglich des Kulturkreises der Romas an der Sekundarschule am Fliederweg gibt. Sie machte darauf aufmerksam, dass sogenannte DaZ Lehrer (Deutsch als Zwiesprache) fehlen. Es kommt vor Ort zu kleinkriminellen Handlungen.

Frau Brederlow teilte mit, dass der Verwaltung das Thema bereits bekannt ist. Derzeit wird dieser Sachverhalt mit dem Fachbereich Ordnung und dem Fachbereich Bildung beraten.

zu 9 Anregungen

Da es keine Anregungen gab, beendete **Herr Dr. Wend** die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Dr. Detlef Wend
Ausschussvorsitzender

René Lukas
stellv. Protokollführer